

Klaus J. Bade

**Zuwanderungsregelung und Integrationsförderung.
Wovor und mit welchen Folgen hat sich die Politik so
lange versteckt?**

Vortrag auf dem Fachkräfteforum Zuwanderung des Sächsischen
Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Dresden am
16.5.2012

Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung; denn ich habe bei diesem
Vortrag¹ vier Probleme:

Erstens bin ich an sich kein Freund destruktiver Semantik. Aber man hat
mich hier auf ein politikritisches Thema angesetzt: ‚Zuwanderungs-
regelung und Integrationsförderung‘. Das ist also keine Einladung zu
politischer Lobhudelei und wird deshalb kein Spaziergang mit der Politik
werden, sondern eher eine Abrechnung. Aber ich mache das in der
Hoffnung, damit auch ein paar konstruktive Anregungen verbinden zu
können, zumindest die Warnung vor der Wiederholung von einschlägigen
Fehlern.

Zweitens gibt es im Programm eine listige Rollenverkehrung zwischen den
Redebeiträgen von Armin Laschet und mir, die mich als Literaturhistoriker,
der ich auch mal war, an die höfische Verwechslungskomödie erinnert,
denn: Die Titel der Redebeiträge klingen so, also ob der Politiker Laschet
als Historiker und der Historiker Bade als Politiker sprechen sollte. Aber
wir sind beide rhetorische Mehrzweckler und können auch in vertauschten
Rollen agieren.

Drittens ist da für mich noch das Problem Armin Laschet selbst, zu dessen
Beratern ich zu seiner Zeit als Integrationsminister in Düsseldorf einmal
zählte: Wer nach Armin Laschet spricht, hat immer ein Problem, weil dann
von dem nie heiß laufenden rhetorischen Maschinengewehr Marke A.L.
schon alle Rosinen vom Kuchen weggeschossen sind. Ich kann Ihnen also
nur noch die darunter liegende Sättigungsbeilage anbieten.

¹ Auf Wunsch des Sächsischen Staatsministeriums des Innern habe ich den weitgehend frei gehaltenen Vortrag
in eine etwas ausführlichere Schriftform gebracht und dabei um einige Anmerkungen mit Belegfunktion ergänzt.

Und viertens ist da noch das Problem der von Integrationsminister a.D. Armin Laschet (CDU) zusammen mit Bundesverteidigungsminister a.D. Peter Struck (SPD) geleiteten ‚Hochrangigen Konsensgruppe Fachkräftemangel und Zuwanderung‘ (HKFZ), denn: die HKFZ war sozusagen ein Art hochrangiges politisches Geleitschiff des wissenschaftlichen SVR.

Ich war selbst an der Titelsuche für die Konsensgruppe nicht ganz uneteiligt (nur das Wort ‚hochrangig‘ gefiel mir nicht) und hätte ursprünglich, nach einer der an sich unerlaubten Einmischungen der Stiftung Mercator (als Hauptsponsor der HKFZ und zugleich wichtigstem Financier des SVR) in die unabhängige Arbeit des SVR, als Wiss. Berater in die HKFZ entsandt werden sollen. Das habe ich natürlich abgelehnt und mich darauf beschränkt, dort einen einführenden Vortrag auf der konstituierenden Sitzung zu halten; denn der SVR-Vorsitzende darf qua Amt nicht in einem politischen Gremium im gleichen Feld selbst mitwirken. Ich habe deshalb die Geschäftsführerin der SVR GmbH, Frau Dr. Fincke gebeten, diese beratende Funktion zu übernehmen. Ein Wiss. Mitarbeiter der Konsensgruppe wurde im SVR-Büro am Hackeschen Markt angesiedelt und hat dort in Abstimmung mit Frau Fincke und mir den Ende November 2011 vorgelegten Abschlußbericht der HKFZ² geschrieben, die damit wieder erlosch.

Die HKFZ, von der einige Mitglieder bei der konstituierenden Sitzung sogar glaubten, sie seien vom SVR einberufen worden, hat sicherlich auch eigene Gedanken eingebracht; aber ihr Abschlußbericht ist dennoch zu weiten Teilen eine pointierte Zusammenfassung der unter meiner Verantwortung erarbeiteten SVR-Ergebnisse. Wenn Armin Laschet und ich hier also nebeneinander auftreten, könnte es sein, daß wir gelegentlich wie ein doppeltes Lottchen wirken. Aber das hat auch damit zu tun, daß wir, ganz unabhängig von der HKFZ, in vieler Hinsicht verwandte Lageeinschätzungen haben.

Wichtiger als die ganze HK ist in meinen Augen ohnehin der Migrations- und Integrationspolitiker und darüber hinaus Gesellschaftspolitiker Laschet selber, dessen Innovationen als NRW-Integrationsminister heute in NRW von der SPD fortgeführt werden. Und Armin Laschet trifft hier mit Markus Ulbig (CDU) und Sven Morlok (FDP) auf zwei andere Pioniere der Migrations- und Integrationspolitik aus Sachsen, so daß Sie hier also eine Art goldenes politisches Trio vor sich haben, neben dem ich als Politikberater nur eine Nebenrolle spielen kann.

² Vom Anwerbestopp zur Gewinnung von Fachkräften – Abschlussbericht der Hochrangigen Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung, Berlin Nov. 2011.

Ende der höflichen Verbeugungen, nun zu der eher unhöflichen Beschäftigung mit der Frage: ‚Zuwanderungsregelung und Integrationsförderung: Wovon und mit welchen Folgen hat sich die Politik so lange versteckt? ‘Was ich Ihnen dazu sagen will, gliedere ich in vier Stichworte:

1. Defensive Erkenntnisverweigerung – oder: Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten.
2. Migrations- und Integrationspolitik auf der Bundesebene – oder: Wir werden immer besser, aber wir kommen meistens zu spät.
3. Politischer Populismus – oder: Der Souverän im Kindergarten.
4. Kostensenkung für Politikerreisen – oder: Warum Toronto in Sachsen liegt.

Ich konzentriere mich dabei zumeist auf die Bundesebene. Integrationspolitik ist zwar primär Länderaufgabe und wird konkret vor Ort in den Kommunen umgesetzt. Das Bild der Integrationspolitik in der Öffentlichkeit aber wird, wie unser aktuelles Jahresgutachten³ zeigt, vor allem von den Positionierungen auf der Bundesebene bestimmt, während die Pionierarbeit der praktischen Leistungsträger in den Ländern und besonders in den Kommunen in der Öffentlichkeit weit unter Wert kommuniziert wird. Anders gewendet: Was der Nationale Integrationsplan oder die Islamkonferenz sind, ist eher bekannt als die Leitungsbilanz der praktischen Integrationsarbeit vor Ort.

1. Defensive Erkenntnisverweigerung – oder: Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten.

Märchenhaft: Es war einmal ein junger Migrationsforscher, der Anfang der 1980er Jahre mit einigen anderen vor den Bastionen des BMI das Lied von Deutschlands unverkennbarem Weg zum Einwanderungsland sang und der hier vor Ihnen steht. Da erhob sich regelmäßig ein mächtiges Getöse von den Zinnen des BMI, das mit dem bedrohlichen Refrain endete: „Deutschland ist kein Einwanderungsland!“, gefolgt von dem herablassenden Rat: „Schreibt Eure Fußnoten, Ihr wissenschaftlichen Winzlinge, und kümmert Euch nicht um die politische Landschaft; denn darüber

³ Klaus J. Bade (Vors.), zus. m. Gianni D’Amato, Thomas K. Bauer, Heinz Faßmann, Yasemin Karakasoglu, Christine Langenfeld, Ursula Neumann, Ludger Pries, Werner Schiffauer u. Mitarb. d. SVR-GmbH, Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Berlin 2012.

haben wir von Hause aus den besseren Überblick, weil wir von höherer Warte darauf herabsehen!“

Auf der höheren Warte thronte nämlich der gestrenge Friedrich Zimmermann (CSU), seines Zeichens Bundesinnenminister 1982-1989, den böse Zungen auch ‚Old Schwurhand‘ nannten, weil er aus Versehen einmal einen politischen Meineid geleistet haben soll. Entscheidend aber war auch hier, wie fast in allen Ministerien, die oberste Ebene der Ministerialbeamten, deren Motto bekanntlich heißt: „Die Minister kommen und gehen, die Ministerialräte bleiben.“

Rund anderthalb Jahrzehnte später war ich, als Mitglied der Steuerungsgruppe eines großen deutsch-amerikanischen Forscherteams, das sich mit dem Vergleich der deutschen und der amerikanischen Integrationspolitik beschäftigt hatte, nach der Präsentation unserer Ergebnisse in Washington an der Präsentation der deutschen Version 1996 in Bonn beteiligt. Beim anschließenden Empfang trat ein mir bis dahin nur dem Namen nach bekannter, höchstrangiger Beamter aus dem BMI, damals wohl schon in Pension, auf mich zu, Namen sind Schall und Rauch. Er stellte sich mir mit dem Bemerkens vor: Er sei derjenige, der Anfang und Mitte der 1980er Jahre „alles verhindert“ habe, was ich seinerzeit gefordert hätte unter den Stichworten ‚Einwanderungsland‘, ‚Einwanderungs- und Eingliederungspolitik‘, wie wir das damals nannten. Mit dieser abweisenden Haltung seien er und das BMI ja sehr erfolgreich gewesen, entgegnete ich, was der Gesprächspartner als Kompliment zur Kenntnis nahm. Ich fragte ihn dann, wer denn nun, rückblickend betrachtet, damals Recht gehabt habe: er mit seiner amtlichen Perspektive, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland weder sei noch werden dürfe und dass die von uns geforderte aktive Zuwanderungs- und Integrationspolitik deshalb ein falscher Weg sei, der diese Fehlentwicklung nur befördern würde; oder wir mit unserer Perspektive, dass die Bundesrepublik de facto längst auf diesem Weg zum Einwanderungsland sei und dass es deshalb wichtig sei, diesen Weg durch konzeptorientierte Zuwanderungssteuerung und Integrationsförderung zu begleiten. Da antwortete mein Gesprächspartner selbstbewusst: Rückblickend betrachtet hätten wir da schon Recht gehabt – „aber das konnten Sie damals doch gar nicht wissen!“

Das ist ein – auch durch andere, vielleicht bald in meinen autobiographischen Notizen nachlesbare Beispiele ergänzbares - Paradebeispiel für das, was ich Anfang der 1980er Jahre „defensive Erkenntnisverweigerung“ genannt habe, hier sogar in der besonderen Steigerungsform der retrospektiv-defensiven Erkenntnisverweigerung.

Diese verbreitete Haltung hatte Folgen; denn was man verdrängt, das kann man nicht gestalten.⁴ Der heute verbreitete Versuch, angeblichen MultiKulti-Illusionen die Verspätung von kraftvoller Integrationspolitik in die Schuhe zu schieben, ist vordergründige Geschichtsklitterung ersten Ranges.⁵

2. Migrations- und Integrationspolitik auf der Bundesebene – oder: Wir werden immer besser, aber wir kommen meistens zu spät.

Der Bund ist ein integrationspolitischer Nachzügler. Er hat das Thema Integration, wie Bundespräsident a.D. Horst Köhler als selbstkritischer Schlafmetaphoriker 2006 zu Recht bemerkte, allen Weckrufen zum Trotz jahrzehntelang „verschlafen“ und erst sehr spät für sich entdeckt.⁶

Das BMI, das sich hier zentral zuständig fühlende Ressort am Kabinetts-tisch, war, von vorausgegangenen Initiativen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) bei der Reform des Ausländerrechts einmal abgesehen, im Grunde fast bis zur Jahrhundertwende noch nicht im Einwanderungsland angekommen. Dessen legislative und gesellschafts-politische Rahmung begann erst unter Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999/200, der Einberufung der Unabhängigen Kommission Zuwanderung (2000/2001)⁷ und dem Zuwanderungsgesetz 2005, fortgesetzt dann von Wolfgang Schäuble in dessen zweiter Amtsperiode als Bundesinnenminister (Islamkonferenz u.a.) sowie im Bundeskanzleramt von der Beauftragten der Bundes-

⁴ Integration – von der Politik verschlafen. Zuwanderungsexperte Klaus J. Bade: “Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten”, in: Süddeutsche Zeitung, 14.7.2007.

⁵ Vgl. hierzu Klaus J. Bade, Integration in der Einwanderungsgesellschaft. Festvortrag zum Festakt ‚Zehn Jahre Stuttgarter Bündnis für Integration‘, 4.10.2011, Rathaus Stuttgart (www.kjbade.de, Medienbeiträge/Vortragspublikationen).

⁶ Hierzu: Klaus J. Bade, Leviten lesen: Migration und Integration in Deutschland. Abschiedsvorlesung mit Grußworten und ausgewähltem Schriftenverzeichnis (IMIS-Beiträge, Heft 31), Osnabrück 2007 (www.kjbade.de, Neuerscheinungen),

⁷ Ich war ganz oben auf der Liste als Mitglied der Kommission vorgesehen. Nach meiner öffentlichen Kritik an Schilys regelmäßig falschen Zahlenangaben (er sprach nur von jährlichen Zuwanderungen ohne Hinweis auf die jährlich hohen Abwanderungen) zur Begründung seiner These von der erreichten „Grenze der Belastbarkeit durch Zuwanderung“ wurde mein Name aus der Liste gestrichen. (Das von mir herausgegebene ‚Manifest der Sechzig: Deutschland und die Einwanderung‘, München 1994, lag aber bei der konstituierenden Sitzung zur Einarbeitung auf den Tischen der Mitglieder. Otto Schily hat über diesen gezielten Affront später gegenüber Rita Süßmuth geäußert, da habe er „einen Fehler gemacht“ und mir dies auch so mitgeteilt, als er mich dann für die Leitung des geplanten Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat, 2003-2005) zu gewinnen suchte. Ich habe das abgelehnt und mit dem Vorschlag verbunden, diese Kommission abermals Rita Süßmuth anzuvertrauen, während ich von den Mitgliedern zum Stellv. Vorsitzenden des Zuwanderungsrates gewählt wurde. Nach seinen kritischen Ergebnissen und Vorschlägen wurde der Zuwanderungsrat im Sommer 2004 von Schily fallen gelassen und, als er ehrenamtlich weiterzuarbeiten schien, mithilfe einer miserablen, zum Teil von dem Bundesinnenminister eng vertrauten seinerzeitigen Präsidenten des Nürnberger Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gesteuerten Rufmord-Kampagne kaputtgeschrieben und von Schily zu Weihnachten 2004 (23.12.2004) still abberufen.

regierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Maria Böhmer (Integrationsgipfel, Nationaler Integrationsplan u.a.).

Diese allerhöchste Erkenntnisverspätung auf dem selbst im Alltag für alle Zeitgenossen erkennbaren Weg zum Einwanderungsland hat auf der Bundesebene die immer wieder vergeblich geforderte realitätsnahe, proaktive und zugleich konzeptorientierte Gestaltung von Migrations- und Integrationsfragen lange blockiert. Aus den gleichen Gründen wurde auf der Bundesebene auch der Aufbau einer zentral koordinierten Migrations- und Integrationspolitik mit entsprechenden Institutionen lange erschwert.

In den Themen Migration und Integration kraftvoll Fuß gefaßt hat die Bundespolitik erst seit dem letzten Jahrzehnt, in dem in Sachen Migrations- und Integrationspolitik auch mehr passiert ist als in den vier Jahrzehnten zuvor. Aber strukturelle Lähmungen blieben, zumal Migrations- und Integrationspolitik erst schrittweise von einer Nebenabteilung zu einer zentralen Abteilung des BMI und Migration und Integration selbst erst spät zu Mainstream-Themen auf der Bundesebene geworden sind.

Als zentral für Integrationspolitik zuständig versteht sich hier nach wie vor das Bundesinnenministerium. Es ist aber mit dieser Aufgabe, soweit sie als Gesellschaftspolitik im weitesten Sinne zu verstehen ist, sichtlich überfordert. Es verbeißt sich in seiner Spitze in die Abwehr von fundamentalistisch-islamistischer Agitation, verkehrt sogar die von Wolfgang Schäuble begründete Islamkonferenz indirekt zu einem Organ der Sicherheitspolitik, verharmlost zugleich die nicht minder gefährliche anti-islamische Agitation und verwechselt dergleichen mit Integrations- und Gesellschaftspolitik, wie zuletzt das fatale Debakel um die sog. Muslimstudie gezeigt hat. Damit wird im Grunde konterkariert, was es an gesellschaftspolitischen Initiativen schon gab und gibt - von der Islamkonferenz bis zum Nationalen Integrationsplan.

Will sagen: So wie das BMI Ende des 20. Jahrhunderts noch nicht im Einwanderungsland angekommen war, so ist es scheinbar bis heute nicht in der Einwanderungsgesellschaft angekommen. Und das ist nicht eine Personalfrage in der Leitung, sondern ein Strukturproblem. Das überforderte Bundesinnenministerium sollte deshalb von im weiteren Sinne gesellschaftspolitisch belangvollen Bereichen der Integrationspolitik entlastet werden, abgesehen von ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Fragen sowie von Kernbereichen wie z.B. Migration oder Flucht bzw. Asyl.

Nötig ist auch eine bessere Abstimmung mit und zwischen den Ressorts, deren Entscheidungen integrationspolitische Auswirkungen haben, neben dem Innenressort also vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Soziales und Bildung, aber auch Familie. Dies ist auf der Bundesebene bislang erst bedingt und improvisiert gegeben:

Die Interministerielle Arbeitsgruppe Integration ist nicht mehr als eine improvisierte Notlösung. Sie ist institutionell nicht zureichend abgesichert und in ihrer Effizienz deshalb weitgehend abhängig vom Wohlwollen der beteiligten Ressorts. Auch die Integrationsabteilungen oder -schwerpunkte in fast jedem einschlägigen Ministerium steigern als kleinteilige Ersatzlösungen nur die Unübersichtlichkeit der Entscheidungsstränge. Neben dem Bundesinnenministerium, der sich als zentrale Vermittlungsstelle verstehenden Interministeriellen Arbeitsgruppe Integration und den Teilzuständigkeiten verschiedener Bundesressorts gibt es die Staatsministerin im Bundeskanzleramt, die für Migration, Flüchtlinge und Integration zuständig ist, und das fast gleichnamige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das aber dem Bundesinnenministerium zugeordnet ist.

Wohin Kompetenzüberschneidungen in integrationspolitisch belangvollen Fragen auf der Bundesebene führen können, konnte man zuletzt bei den verschiedenen, zeitraubenden Anläufen zum ‚Anerkennungsgesetz‘ erleben. Diese Erfahrung könnte man unter das von mir auch im Blick auf andere, schon geschichtsnotorische Verspätungen in der Migrations- und Integrationspolitik ausgegebene Motto stellen: ‚Wir werden immer besser, aber wir kommen meistens zu spät!‘

Und das gilt nicht nur für den Bereich Integrationspolitik, hier gezeigt am Beispiel des Anerkennungsgesetzes, das Hunderttausende von gut und zuweilen auch höchstqualifizierten Zuwanderern nicht mehr erreicht, weil sie sich längst weit unter ihrem Qualifikationsniveau liegende Ersatzkarrieren aufgebaut haben oder schon als Taxifahrer oder Hausmeister in Rente gegangen sind. Das gleiche galt im Bereich Migrationspolitik für das Zuwanderungsgesetz von 2005: Dieses seit Anfang der 1980er Jahre immer wieder vergeblich geforderte und von der erwähnten höheren Warte aus immer wieder abgewiesene Gesetz kam erst, als die für die Formation der Einwandererbevolkerung in Deutschland wichtigsten Zuwanderungen schon längst Geschichte waren.

Dem wichtigen Zuwanderungsgesetz von 2005 und dem nicht minder wichtigen Anerkennungsgesetz von 2012 ist also eines gemeinsam: Beide Initiativen kamen mindestens ein Vierteljahrhundert zu spät. Hätte es beide oder ähnliche Gesetze und Maßnahmen ein Vierteljahrhundert früher

gegeben, wie dies damals auch immer wieder vergeblich gefordert wurde, dann wären Zuwanderung und Integration insgesamt, für viele einzelne Migranten und auch für die oft über mangelnde Transparenz in der Steuerung irritierte Mehrheitsbevölkerung sehr viel leichter verkraftbar gewesen.

Dumm gelaufen. Aber Politik ereignet sich nicht in einem subjektlosen politischen Prozeß ohne verantwortliche Handlungsträger bzw. Handlungsverweigerer. Und die politischen Pioniere werden in diesem Land zu wenig geachtet, während politische Versager und Bremsler zu wenig in die historische Verantwortung gerufen werden.

Anders gewendet: Es kann nicht angehen, immer nur das Nachbessern und die verspätete Reparaturpolitik zu bejubeln, statt sich zu erinnern, daß vorausschauende, also pro-aktive Politik seinerzeit für alle Beteiligten bei weitem besser gewesen wäre als reaktive Reparaturpolitik heute. Ein Preis für solche regierungsamtliche defensive Amnesie könnte der zu Lasten Aller gehende Verlust der Fähigkeit sein, aus Fehlentscheidungen oder Nichtentscheidungen der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft zu lernen. Aber Integrationspolitik wurde zwar von der Bundesebene lange konzeptionell und institutionell behindert, aber in der Praxis auf der Länderebene und vor allem auf der kommunalen Ebene gemacht, auch wenn dort wegen mangelhafter Abstimmung das berühmte Rad oft neu erfunden werden mußte.⁸

3. Politischer Populismus – oder: Der Souverän im Kindergarten

Deutschland ist seit vielen Jahren kein Einwanderungsland mehr, sondern ein Migrationsland⁹ mit hoher transnationaler und insbesondere inner-europäischer Mobilität, vulgo: Ein- und Auswanderungsland zugleich, wie schon oft in seiner Geschichte.¹⁰

⁸ Vgl. Anm. 3.

⁹ Vgl. Klaus J. Bade (Vors.), zus. m. Michael Bommes, Heinz Faßmann, Yasemin Karakasoglu, Christine Langenfeld, Ursula Neumann, Werner Schiffauer, Thomas Straubhaar, Steven Vertovec u. Mitarb. d. SVR-GmbH, Migrationsland 2011. Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Berlin 2011.

¹⁰ Vgl. hierzu vom Verfasser u.v.a.: K. J. Bade, vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880 – 1980, Berlin 1983; ders. (Hg.), Auswanderer – Wanderarbeiter – Gastarbeiter: Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, 2 Bde., Ostfildern 1984; ders. (Hg.), Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland: Migration in Geschichte und Gegenwart, 1.-3. Aufl. München 1992; ders. zus. m. P. Emmer, M. L. Lucassen, J. Oltmer (Hg.), Enzyklopädie Migration im Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn, München, Wien, Zürich 2008; amerikan. Ausg: The Encyclopedia of Migration and Minorities in Europe. From the 17th Century to the Present, Cambridge UP 2011.

In seinen Grenzen aber entfaltet sich, eigendynamisch und nicht mehr aufhaltbar, eine vielgestaltige Einwanderungsgesellschaft. Deutschland steht mit dieser Erfahrung in Europa nicht allein. Die meisten Bürgergesellschaften in Europa haben sich seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts in Einwanderungsgesellschaften verwandelt. Sozialer Frieden und kulturelle Toleranz sind tragende Säulen in der Architektur dieser Einwanderungsgesellschaften. Ihre Basis ist das Grundvertrauen zwischen Mehrheits- und Einwandererbevölkerung.

Viele Fehleinschätzungen in vordergründigen oder auch ideologischen Scheindebatten über Integration ankern in ahistorisch-statischen Gesellschaftsbildern.¹¹ Ihnen fehlt die Einsicht in die Historizität der *Conditio Humana*, vulgo in den steten Wandel von Lebensformen und Strukturen, in dem jede Zeit ihre eigene historische Form findet. Im Gegensatz zu solchen Fehleinschätzungen ist die Einwanderungsgesellschaft kein soziokultureller Zustand. Sie ist ein komplexer Sozial- und Kulturprozess, der sich stets weiter ausdifferenziert. Er besteht aus dem räumlich, sektoral und sozial unterschiedlich voranschreitenden Zusammenwachsen von Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung in einem Interaktionsprozess, der beide Seiten tiefgreifend verändert. Und das ist durchaus mehr als die schon ein Vierteljahrhundert alte Redensart „Integration ist keine Einbahnstraße!“, die seinerzeit gegen Vorstellungen von einer bloßen Anpassung von Migranten an eine statisch vorgestellte ‚Aufnahmegesellschaft‘ gerichtet war und heute selbst von Vertretern politischer Richtungen nachgebetet wird, die seinerzeit noch grundsätzlich und geradezu verbissen gegenteiliger Auffassung waren. Ich darf diese Redensart und den aus ihrer Verbreitung sprechenden Lernprozeß etwas sarkastisch durch den Kakao ziehen; denn diese Sentenz stammt, wie manche andere in Sachen Migration und Integration, von mir selber - was gern vergessen werden mag, wenn sie ihre Wirkung getan hat, denn nur darauf kommt es an.

Ergebnis des ‚Einwanderungsgesellschaft‘ genannten Sozial- und Kulturprozesses ist ein beschleunigter, manche Zeitgenossen überfordernder Wandel von Strukturen, Lebensformen und Alltagserfahrungen. Er wird von Menschen, die davon in ihren altvertrauten Lebensbereichen besonders betroffen sind, nicht selten als Überforderung, Zumutung und

¹¹ Das gilt etwa für Thilo Sarrazins Sorge, seine Großelken könnten nicht mehr in der deutschen Kultur leben, die er selber kennt und in anderthalb Jahrhunderten könnte ‚Wanderers Nachtlid‘ nicht mehr gesungen werden (Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, Stuttgart 2010, S. 391ff.). Es gilt gleichermaßen für die Vorstellungswelt der türkisch-deutschen Desintegrationspublizistin Necla Kelek, die die Deutschen vor dem Untergang ihrer Kultur in einem angeblichen ‚Chaos der Kulturen‘ warnt (Necla Kelek, Chaos der Kulturen. Die Debatte um Islam und Integration, Köln 2012).

soziales Ärgernis registriert. Das gilt in Deutschland nicht nur für großstädtische Siedlungsdistrikte mit starker Zuwandererbevölkerung. Es gilt auch für Regionen, die Zuwanderung und Integration fast nur aus den Medien kennen, sich aber in ihrer Selbstwahrnehmung mitunter umso mehr davon betroffen oder sogar bedroht fühlen.

Die Aufgabe, diesen Wandel als täglich neue Herausforderung anzunehmen, wird aber wegbestimmend bleiben für die Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft. Politik hätte hier richtungweisend und beispielgebend agieren können und sollen. Sie hat es selten getan, denn zur bewußten Annahme der Herausforderung durch diesen gesellschaftlichen Wandel und zur Gestaltung der damit verbundenen Aufgaben kam es in Deutschland erst historisch stark verspätet.

Deutschland blieb aus den genannten Gründen lange ein in seiner Selbsterkenntnis verspätetes Einwanderungsland wider Willen. Es litt an der aus der defensiven Erkenntnisverweigerung seiner politischen Eliten resultierenden realitätsfernen Selbstdefinition als ‚Nicht-Einwanderungsland‘. Daraus resultierte eine Unterschätzung der eigenen Integrationskraft, die, durch oft und besonders zu Wahlkampfzwecken fahrlässig geschürte Überforderungängste weiter angetrieben wurde. Deutschland ist im politischen Elitendiskurs und in den Medien deshalb vielfach noch immer eine griesgrämige oder doch verschämte Einwanderungsgesellschaft wider Willen.

Damit wurde und wird eine entscheidende politische Erkenntnis- und Gestaltungschance nach innen und nach außen verspielt; denn in der Einwanderungsgesellschaft ist Integrationspolitik ein Zentralbereich der Gesellschaftspolitik. Pro-aktive Gestaltung kann damit beitragen zum Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft in kultureller Toleranz und sozialem Frieden.

Dazu braucht es positive Leitbilder im Bemühen um ein solidarisches Wir. Dieses solidarische Wir muß alle im Land Lebenden einschließen. Erst wenn begriffen wird, daß es bei Integration und Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft um die Teilhabe *von allen* geht, wird auch verstanden werden, daß dies ein gesellschaftspolitisches Thema *für alle* ist.

Und genau hier hat Politik lange versagt. Sie hat nicht nur die gesellschaftspolitische Herausforderung der Einwanderungsgesellschaft lange nicht erkannt. Sie hat in ihrem Mißtrauen gegenüber dem Bürger als Wähler auch die pragmatische Einsicht der Bürger in Probleme der Einwanderungsgesellschaft unterschätzt und nicht auf Vertrauensbotschaften,

sondern auf die Angstkarte gesetzt. Die Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft aber sieht in ihrem kritischen Integrationspragmatismus vieles klarer als eine Politik, die glaubt, ihren Souverän in einer Art Kindergarten für Erwachsene vor seinen angeblichen Ängsten vor Migration und Integration beschützen zu sollen.

Das aktuelle SVR-Integrationsbarometer 2012 zeigt dazu u.a.: Die Bevölkerung lässt sich auch von aufgeregten und zum Teil hysterischen Integrationsdiskussionen wie zu Zeiten der ‚Sarrazin-Debatte‘ nicht nachhaltig beirren. In der Mitte der Einwanderungsgesellschaft stabilisiert sich vielmehr eine aktive Akzeptanz der kulturellen Vielfalt.

Abseits davon gibt es auffällige, aber in ihren radikalen Formen nach wie vor randständige fremdenfeindliche und insbesondere antiislamische Strömungen. Sie reichen an der Oberfläche bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Sie sind dort aber wohl mehr Echoeffekte auf die skandalisierende sogenannte ‚islamkritische‘ Publizistik sowie auf xenophobe und insbesondere islamophobe Internetblogs wie z.B. Politically Incorrect mit ihren islamfeindlichen Sündenbock- und Verschwörungstheorien. Die antiislamischen Strömungen sind aber nicht Ergebnis der konkreten Erfahrung im Integrationsalltag.

Auf beiden Seiten der Einwanderungsgesellschaft dominiert hier vielmehr die wachsende Akzeptanz von Vielfalt und Wandel in der Einwanderungsgesellschaft zwischen verhaltenem Integrationsoptimismus und kritischem Integrationspragmatismus. Es gibt also in der Bürgergesellschaft als Einwanderungsgesellschaft eine belastbare Stimmungsgrundlage für pragmatische Reformen in der Migrations- und Integrationspolitik. Sie sollten mutig in Angriff genommen werden.

Über institutionelle und technisch-organisatorische Reformen hinaus nötig dazu ist eine kohärente und konzeptorientierte Migrations- und Integrationspolitik mit klaren und für die Bürger transparenten Zielvorgaben. Die Zeit für beides ist günstig; denn der vom SVR-Integrationsbarometer erfasste kritische Integrationspragmatismus der Bürger ermöglicht solche politischen Antworten auf die anstehenden Herausforderungen nicht nur; der Souverän verlangt sie auch.

4. Kostensenkung für Politikerreisen – oder: Warum nach Toronto fliegen, wenn man auch nach Dresden fahren kann

Das Pendant zur Akzeptanz der Einwanderungsgesellschaft im Innern ist die Entfaltung der sog. Willkommenskultur im Innern und nach außen. Der gespreizte deutsche Parcours in Sachen Willkommenskultur gleicht zuweilen einem von nationaldidaktischen Appellen begleiteten und von bleiernen Paragraphen beschwerten Sackhüpfen auf Stelzen: Wenn man deutsche Politikgestalter auf einen Kurswechsel in Richtung Willkommenskultur anspricht, dann denken viele reflexartig zunächst darüber nach, welche Paragraphen oder Absätze im Ausländer- bzw. Aufenthaltsrecht dazu zu ändern seien und wenn ja mit welchen Folgen, die wiederum anderenorts kontrollierbar gehalten werden müssten. Aber hier geht es nicht vorrangig um rechtstechnische Gestaltungsfragen, sondern auch um die sogenannten ‚weichen‘ Faktoren.

Zu deren Erkundung gibt es unter Migrations- und Integrationspolitikern eine neue deutsche Reisekultur in Gestalt einer Art transatlantischen Grand Tour. Sie führt nach Toronto, nicht um dort nativen Reis oder Ahornsyrup einzuführen, die es heute auch schon in vielen deutschen Geschäften gibt, sondern, um dort zu lernen, was die Kanadier anders machen in Sachen Willkommenskultur. Und da ist in der Tat einiges zu lernen.

Zunächst einmal suchen sich die Kanadier, soweit das Recht auf Familiennachzug Raum dazu läßt, ihre Einwanderer aus. Steuerungsinstrument ist dazu das Punktesystem, das hierzulande völlig unnötig gefürchtet, weil in konträrem Gegensatz zu seiner Funktionsweise als Schleusenbrecher bei ‚Migrantenflut‘ denunziert wurde. Nachdem die Unabhängige Kommission Zuwanderung (2000/01) und der Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat, 2003/04) mit ähnlichen Vorschlägen brüsk abgewiesen wurden, wird heute, wiederum unnötig verspätet, in Gestalt der sog. Hochqualifizierten-Richtlinie eine Art kleines Punktesystem ohne Punkte eingeführt. Es wird sicher gut funktionieren, hätte aber ebenso sicher auch schon früher gut funktioniert, wenn man denn den politischen Mut dazu gehabt hätte.

Auch die Kanadier haben zunächst Lehrgeld bezahlen müssen mit ihrem Punktesystem, das von außen her funktionstüchtiger wirkte als es im Innern war; denn es arbeitete lange am Bedarf vorbei, wovon ein Witz berichtet, den mir vor vielen Jahren eine kanadische Immigrations-

spezialistin erzählte: „Wenn Du in meinem Land einen Herzinfarkt bekommst, dann halte zuerst Ausschau nach einem Taxi; denn am Steuer dieses Wagens findest Du schneller einen Arzt als im Krankenhaus!“ Heute sucht man die Einwanderer stärker unter Berücksichtigung der Situation am Arbeitsmarkt aus. Und man hilft den Einwanderern, auch den hochqualifizierten unter ihnen, unkonventionell und praktisch bei der Eingliederung in der neuen Heimat: Für Einwanderer gleich welcher Qualifikation gibt es Sprachkurse für Anfänger und Fortgeschrittene, Hilfestellungen bei der Wohnungs- und Jobsuche, vielfältige Hilfen für die Eingliederung der Familien. Es gibt dazu auf Wunsch auch auf ein halbes Jahr befristete Familienpartnerschaften für Einwandererfamilien, aus denen nicht selten Familienfreundschaften werden. Ärzte, Lehrer und Polizisten erläutern Gesundheitswesen, Schulwesen und öffentliche Ordnung.

Hinter all dem steht ein sehr naheliegender Gedanke, der deutschen Ausländer- und Einwohnermeldeämtern noch eher fremd ist: Einwanderung soll Spaß machen, Glück und Erfolg bringen, zum Nutzen Aller unter dem Motto ‚Vielfalt ist unsere Stärke‘ („Diversity is Our Strength“). Die USA haben sogar einen ‚Dual Career Service‘ etabliert, der sich für einreisende Wissenschaftler um Jobs für die Partner bemüht.

Auch in Deutschland gibt es auf Länder- bzw. auf kommunaler Ebene schon beachtliche Initiativen wie z.B. das Hamburger Welcome-Center, um bewußt ein Beispiel außerhalb der sächsischen Landesgrenzen zu wählen. Ansonsten haben unsere öffentlichen Institutionen, insbesondere die Ausländerämter scheinbar teilweise immer noch eher Spitzenplätze bei den durch Umfragen unter qualifizierten Zuwanderern erfaßten Erfahrungen oder doch begründeten Gefühlen von Diskriminierung.

Beunruhigend stimmt hier, dass gerade gut ausgebildete junge Menschen Deutschland den Rücken kehren, weil sie ein aus ihrer Sicht abweisendes Klima vorfinden. Ich dachte, die vielen Coaching-Programme für Ausländerämter hätten hier allgemeinhin Wirkung gezeigt, so wie mir dies aus verschiedenen Beispielen in NRW bekannt geworden ist. Das ist bundesweit aber offensichtlich nicht flächendeckend der Fall, wie die Ergebnisse einer umfragegestützten, ländervergleichende Studie des SVR-Forschungsbereichs und der Brüssel Migration Policy Group¹² belegen.

¹² Brooke Sykes (SVR Forschungsbereich, Berlin) / Eadoin Ni Chaoimh (Migrations Policy Group, Brüssel), Mobile Talente? Ein Vergleich der Bleibeabsichten internationaler Studierender in fünf Staaten der Europäischen Union, hg. v. SVR-Forschungsbereich, Berlin 2012.

Zur Frage der Bleibeabsichten internationaler Studierender in Deutschland antwortet hier z.B. eine Studentin aus Usbekistan: „Alltäglicher Rassismus gegenüber Menschen mit einem bestimmten ethnischen und religiösen Hintergrund ist nichts Ungewöhnliches in Deutschland. Das ist der Hauptgrund, dass ich hier nach meinem Abschluss nicht bleiben will. Hätte ich gewusst, dass das so ist, hätte ich von vornherein über ein anderes Land für meinen Studienaufenthalt nachgedacht“.

Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau erleben zwar häufiger Ungleichbehandlung als höher Gebildete. Höher Gebildete haben aber auch eine höhere Sensibilität gegenüber Anzeichen von Nichtanerkennung oder Benachteiligung. Dies erklärt auch die vom generellen Trend abweichende Tatsache, daß Zuwanderer mit hohem Bildungsniveau sich hierzulande auf Ämtern und Behörden stärker benachteiligt fühlen. Diese Wahrnehmung ist für ein Einwanderungsland, das attraktiv für Hochqualifizierte sein oder doch werden möchte, fatal; denn Erfahrungen in Institutionen, die Ausländer zwangsläufig, z.B. im Rahmen der Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigungen, machen, werden oft mit dem Aufnahmeland insgesamt in Verbindung gebracht.

Das zeigt auch die folgende Antwort aus der Studie zu den Bleibeabsichten internationaler Studierender: „Immer reden sie über Integration und Fachkräftemangel, in Deutschland wie in anderen EU-Ländern, aber Ausländer als gleichwertig zu betrachten und zu behandeln, dazu sind sie nicht bereit. Ich zum Beispiel bin Wissenschaftler; aber jedes Mal, wenn ich zur Ausländerbehörde gehe, um mein Visum zu verlängern, muss ich geradezu auf die Knie fallen. Manche Beamte dort sind sehr nett und freundlich; die Regel aber ist, dass sie unfreundlich und arrogant sind.“

Solche Berichte sind eine Katastrophe für angebliche Willkommenskultur. Was Politik appellativ erstrebt, wird damit von Amtswegen zunichte gemacht. Denn was zählt ist nicht der Appell, sondern die praktische Erfahrung im Behördenalltag. Und hier erhielten deutsche Behörden im Ländervergleich die zweitschlechteste Note (vor Frankreich), während englische Behörden mit Abstand am besten abschnitten.

Fazit: Auch viele deutsche Behörden mit ausländischem Publikumsverkehr sind, allen Bemühungen zum Trotz, scheinbar noch immer nicht in der Einwanderungsgesellschaft angekommen, von Willkommenskultur ganz zu schweigen. Gezeigt werden scheinbar weniger Willkommensgrüße gegenüber Zuwanderern als die Erwartung untertäniger Dankbarkeit für die Gnade, in Deutschland zuwandern zu dürfen. Das ist gerade in Zeiten des demographischen Wandels und des sich ständig verschärfenden Fach-

kräftemangels eine schwerwiegende amtliche Fehlhaltung, die nicht länger hinnehmbar ist. Schärfer gesprochen: Wer im Ausländeramt nicht über den mitunter jahrzehntelang antrainierten eigenen Schatten der Migrantenskepsis springen kann, dem sollte ein Arbeitsplatzwechsel in weniger publikumsintensive Bereiche ermöglicht werden.

So wie in Kanada könnte die Kommunikation mit Einwanderern zweifelsohne auch in Deutschland gestaltet werden. Dazu könnte es aber heute deutlich billigere Studienreisen geben, nämlich nicht nach Toronto, sondern nach Dresden. Und ich diene hier nicht meine Reisekosten durch possierliche Bemerkungen ab, denn: Sachsen hat aus meiner Sicht in Sachen Migrations- und Integrationspolitik in vieler Hinsicht vorbildliche Konzepte vorgelegt, die sich weitgehend mit Politikempfehlungen des SVR treffen. Ich kann diese Konzepte allerdings nur von außen und auf dem Papier beurteilen, weil ich nicht weiß, wie weit die Implantation in der Praxis schon fortgeschritten ist und dort gestaltend und verhaltenswirksam gegriffen hat. Das wird sicher alles begleitend geprüft und auch später einmal evaluiert werden.

Einerseits soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß es auch in anderen Bundesländern, z.B. in NRW, aber auch in Baden-Württemberg oder Hamburg, hochinteressante Modelle und Konzepte zur Attraktivitätssteigerung und Willkommenskultur gibt, weil einzelne Länder und Städte hier längst in eine veritable Best Practice-Konkurrenz eingetreten sind. Andererseits trage ich Eulen nach Athen, wenn ich hier Hinweise gebe auf das sächsische Zuwanderungs- und Integrationskonzept mit dem schönen Untertitel „Integration durch Respekt, Toleranz und Achtung“.

Ich tue dies dennoch und nicht ohne kritische Absicht, denn im Untertitel steckt eine Tautologie, während aus meiner Sicht zugleich etwas anderes fehlt. Zuerst zur Tautologie: ‚Respicere‘ heißt im Lateinischen bekanntlich ‚achten / beachten‘, also respektieren, will sagen: Respekt und Achtung liegen so nahe beieinander, daß man getrost das eine durch das andere ersetzen könnte. Der Oberbegriff wäre m.E. ohnehin ‚Anerkennung‘, weil er beides einschließt: Respekt und Achtung. Mehr noch: Anerkennung schließt sogar Toleranz mit ein und zwar auf Augenhöhe, während Toleranz von oben nach unten gewährt wird. Will sagen: Anerkennung schließt im Grunde alle drei Begriffe ein: Respekt, Toleranz und Achtung.

Was mir aber fehlt, ist Teilhabe; denn ohne Teilhabe ist alles andere nichts. Ich würde also den Untertitel umzudichten empfehlen: ‚Integration durch Teilhabe und Anerkennung‘, wenn es denn unbedingt sein muß auch: ‚Integration durch Teilhabe, Anerkennung und Toleranz‘ - dann

hätte man sogar eine marktgängige Abkürzung T A T , also ‚Integration durch TAT‘. Sie ahnen, ich habe früher mal als Werbetexter mein Studium verdient. Aber im Ernst: Ich meine das, was ich hier vorschlage, steht in diesem Konzept doch drin, nur der Untertitel ist etwas prekär, so daß sich das umfassende Konzept unter Preis verkauft, deshalb mein Vorschlag: ‚Integration durch Teilhabe und Anerkennung‘. Vielleicht denken Sie ja einmal darüber nach.

Wichtig scheint mir an diesem Konzept zu sein, daß es nicht Ressortkonkurrenz, sondern Ressortkooperation atmet, auch über die beiden hier höchststrangig vertretenen Ressorts hinaus. Es versteht Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik und damit als eine Querschnittsaufgabe, die alle angeht, ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund.

Sachsen handelt hier pragmatisch im aufgeklärten Eigeninteresse: Das Land hat erkannt, daß ab 2014 das Erwerbspotential in die degressive Phase einbiegt, daß also mehr Menschen in den Ruhestand gehen als neu ins Erwerbsleben eintreten. Deswegen sagt Minister Ulbig „Zuwanderungspolitik ist Zukunftspolitik“. Ich kenne noch Zeiten, in denen Innenminister meinten, Zuwanderungspolitik sei eine gehobene Form von Landesverrat.

In Sachsen sollen alle Akteure, die sich für die Integration von Zuwanderern einsetzen, vernetzt werden über die programmatisch benannte Plattform www.willkommen.de. Damit hat Sachsen abermals schon vorausseilend eine SVR-Empfehlung vorerfüllt, bevor wir sie in unserem neuen Jahresgutachten vom Mai 2012 gedruckt hatten: nämlich die verstärkte vertikale und horizontale Vernetzung zwischen kommunalen und anderen Akteuren der Integrationspolitik. Ein anderes Beispiel dafür ist bekanntlich NRW.

Weiter soll es soll in Sachsen u.a. mehrsprachige Gesundheitswegweiser geben. Sachsen will für Fachkräfte aus Drittstaaten die Frist zwischen Einreiseantrag und Arbeitsaufnahme auf vier Wochen verkürzen. Dazu gehört die Einführung eines elektronischen Aufenthaltstitels ab 1. Sept. im Projekt AKZESS, um nur einige Beispiele aus dem sächsischen Konzept herauszugreifen.

Sachsens Bundesratsinitiative wiederum, die in vieler Hinsicht ebenfalls mit Überlegungen des SVR übereinstimmt, hängt zwar noch im Innenausschuss des Bundesrates fest und wird wohl erst im Herbst weiter beraten werden. Aber einerseits geht Sachsen auf diesem Weg selber schon unbeirrt voran. Und andererseits hat die sächsische Initiative auf der Bundesebene schon einiges bewirkt; denn der Bund, so scheint mir,

orientierte sich bereits deutlich an den sächsischen Ideen bei der Umsetzung der EU-Hochqualifizierten-Richtlinie: von der Senkung der Einkommensgrenze über die Reduzierung der Vorrangprüfung bis hin zur Einreise von qualifizierten Drittstaatlern zur Arbeitssuche ohne Anspruch auf Sozialtransfers.

Und was im Integrationskontext das entscheidende Stichwort Bildung angeht, so hat der Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung und des Instituts für Schulentwicklungsforschung erwiesen, daß Sachsen (bei den angelegten Kriterien Durchlässigkeit, Kompetenzförderung, Integrationskraft und Zertifikationsvergabe) für Durchlässigkeit und Kompetenzförderung gute Werte aufweist. Das zeigt, daß Leistung und Gerechtigkeit kein Widerspruch sein müssen. Das alles aber heißt: Sachsen ist angekommen in der Einwanderungsgesellschaft, in der es nicht mehr primär um die sozialtherapeutische Integration von hilflosen Migranten im Passiv geht, sondern um die möglichst chancengleiche Anerkennung und Teilhabe für alle, ob nun mit oder ohne Migrationshintergrund.

Sachsen setzt damit Maßstäbe, die, wie man sieht, auch in Berlin Beachtung finden. Deshalb sage ich, was teure Dienstreisen nach Toronto angeht: Warum in die Ferne schweifen, siehe Dresden liegt so nah. Hoffen wir dabei, dass Realität werden kann, was in den perspektivenreichen sächsischen Integrationskonzepten steht; denn nur darauf kommt es an, getreu der Maxime: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater Prof. Dr. Klaus J. Bade lehrte bis 2007 Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und lebt heute in Berlin. Er war Begründer des Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) sowie des bundesweiten Rates für Migration (RfM) und der gleichermaßen bundesweiten Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM), stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Migration und Integration (Zuwanderungsrat) und ist seit Ende 2008 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) in Berlin. Er war Fellow an den Universitäten Harvard und Oxford, an der Niederländischen Akademie der Wissenschaften und am Wissenschaftskolleg zu Berlin. Er hat zum Thema viele Forschungsprojekte geleitet, einige Dutzend Bücher veröffentlicht und für sein Engagement in Forschung und kritischer Politikbegleitung diverse Auszeichnungen erhalten, zuletzt das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse (www.kjbade.de).